

## SCHWEIZ

## UMFRAGE

## Erneuerbaren-Ausbau: Bevölkerung für weniger Beschwerdemöglichkeiten

**Aarau (energate) - Die Schweizer Bevölkerung möchte die inländischen Erneuerbaren ausbauen und ist bereit, hierfür auch deutliche Abstriche beim Umweltschutz zu machen. Das zeigt eine repräsentative Umfrage von gfs.bern im Auftrag des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE.** Dass für den Ausbau der inländischen Stromproduktion auch deutliche Abstriche beim Umweltschutz gemacht werden müssen, befürworteten demnach 59 Prozent der Befragten. Trotzdem gaben aber auch 63 Prozent an, dass man Landschaft und Natur nicht kompromisslos dem Ausbau der erneuerbaren Energien opfern soll. Eine Mehrheit von 69 Prozent ist darüber hinaus bereit, die Beschwerdemöglichkeiten im Energiebereich einzuschränken, damit der Ausbau neuer Infrastruktur schneller vorangeht.

Dass die Schweizer Bevölkerung ein Herz für den Umwelt- und Naturschutz hat, zeigen auch die Standorte, an denen laut Herr und Frau Schweizer neue Kraftwerkskapazitäten gebaut werden sollten. So besteht gegen Solaranlagen praktisch kein Widerstand in der Stimmbevölkerung, solange sie nicht mitten in der Natur aufgestellt werden. Sowohl mit Solaranlagen auf bestehender Infrastruktur wie Autobahnen oder Staumauern als auch mit Anlagen auf geeigneten Dächern und Fassaden sind 98 Prozent beziehungsweise 96 Prozent der Bevölkerung eher oder sehr einverstanden.

### Freiflächenanlagen werden neuerdings abgelehnt

Die Mehrheiten nehmen ab, sobald die Natur spürbarer betroffen wird: Mit Windrädern auf Hügeln, die man vom eigenen Haus aus sehen kann, sind noch 56 Prozent einverstanden. Solarstromanlagen in den Bergen und auf freien Wiesen werden neuerdings von einer Mehrheit (54 Prozent, plus sieben) abgelehnt. Der Stimmungsumschwung gegenüber Freiflächenanlagen könnte gemäss dem VSE damit zusammenhängen, dass solche Projekte nun erstmals konkret zur Diskussion stehen. "Wir erklären uns das auch damit, dass die Vorstellung, was eine alpine PV-Anlage bedeuten könnte, bzw. wie sie aussehen könnte, klarer geworden ist, z.B. über die Berichterstattungen über Projekte wie Grengiols Solar", so der Verband auf Anfrage.

## INHALTSVERZEICHNIS

## SCHWEIZ

Erneuerbaren-Ausbau: Bevölkerung für weniger Beschwerdemöglichkeiten	1
Gaspreis am Terminmarkt auf niedrigstem Stand seit Februar 2022	2
BFE fördert mehr Stromspar-bemühungen in der Industrie	2
Zahl der Endverbraucher im freien Markt leicht rückläufig	3
ABB stellt neues elektrisches Antriebskonzept für Schiffe vor	3

## DEUTSCHLAND

EnBW-Klage gegen Stromio scheidet	3
Wilhelmshaven: Zweites LNG-Terminal ohne Chlor	4
"Die Digitalisierung des Energiesystems ist einer der stärksten Hebel"	4
FDP will Spitzenverdiener von Steuern auf Energiehilfen befreien	5

## EUROPA

BP will ab 2028 Wasserstoff in Deutschland liefern	5
Wasserstoff: Deutschland und Irland kooperieren	6
Eon kündigt 4.500 Schnelllader in Europa an	6

## INTERNATIONAL

TES und Total prüfen Anlage für synthetisches Methan in den USA	7
---	---

Das mehrheitliche Unbehagen gegenüber Freiflächenanlagen übersetzt sich aber paradoxerweise nicht unbedingt in Widerstand gegen solche Kraftwerke. Trotz der grundsätzlichen Ablehnung befürworteten in der Studie ebenfalls 54 Prozent derartige Anlagen als Massnahme gegen die Strommangellage. Dies wiederum erklärt der Verband mit einer grundsätzlichen Ambivalenz. So verstehe die Bevölkerung zwar im Grundsatz, dass alpine Solaranlagen einen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten könnten. "Wenn dann aber ganz konkret die freie Wiese in den Bergen ins Spiel kommt, weckt dies zusätzliche kritische Stimmen rund um Landschaftsschutz und Heimatschutz und das konkrete Projekt erscheint nicht mehr so attraktiv", schreibt der VSE gegenüber energate.

### Kernkraft genießt eher wenig Zuspruch

Im Gegensatz zu den Erneuerbaren sehen die Befragten mehrheitlich keine Rolle für die Kernkraft im künftigen Energiesystem. So finden weder der Bau von neuen Kernkraftwerken der aktuellen Generation, wie sie heute im Betrieb sind und unter anderem von Frankreich und Finnland gebaut werden, noch Kernkraftwerke der vierten Generation, die derzeit erforscht

und entwickelt wird, in der Bevölkerung eine Mehrheit: Nur 34 Prozent befürworten erstere, 43 Prozent letztere. Dass die Kernkraft in der Bevölkerung wenig Kredit hat, untermauert auch die tiefe Zustimmung (35 Prozent) auf die Frage, ob einem ein neues AKW lieber sei als unzählige neue Kraftwerke (zum Beispiel Windräder, Solaranlagen in den Bergen und Staumauern). Der Bau von Notfallgaskraftwerken wird von einer knappen Mehrheit (51 Prozent) unterstützt.

### Zustimmung zur Schweizer Energiepolitik hat zugenommen

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage ist, dass die Zustimmung für den aktuellen energiepolitischen Kurs trotz der Energiekrise und den damit verbundenen hohen Energiepreisen auch für die Bevölkerung zugenommen hat. Insgesamt 59 Prozent der Bevölkerung sind mit der aktuellen Schweizer Energiepolitik eher oder sehr einverstanden. Verglichen mit derselben Umfrage von vor einem Jahr bedeutet dies eine Zunahme von drei Prozent. Zudem ist die Bevölkerung grundsätzlich nicht der Meinung, dass die Energiewende zu teuer ist. 52 Prozent lehnen diese Aussage ab.

Die repräsentative Umfrage wurde im April 2023 vom Meinungsforschungsinstitut gfs.bern im Auftrag des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE durchgeführt. Befragt wurden mittels Telefon- und Onlinepanel-Befragung 1.003 Stimmberechtigte in der Schweiz. Der Stichprobenfehler liegt den Angaben nach bei +/- 3,1 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit./mg

## ELCOM-MARKTBERICHT

### Gaspreis am Terminmarkt auf niedrigstem Stand seit Februar 2022

**Bern (energate) - Der Strompreis am Terminmarkt für das Frontjahresprodukt ist innerhalb einer Woche in der Schweiz um acht Prozent gesunken. Er liegt derzeit bei 153 Euro/MWh. Stark nachgelassen hat auch der Gaspreis, wie aus dem Terminmarkt-Bericht der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) hervorgeht.** Die Gaspreise sind im Wochenvergleich gesunken, der Frontjahrespreis um zwölf Prozent. Der Frontjahrespreis bei THE ist mit 45,90 Euro/MWh demnach auf dem niedrigsten Stand seit Februar 2022. Belastend auf die Gaspreise wirken dabei laut Elcom die hohen Speicherstände, die steigende Verfügbarkeit von Kernkraft, rege LNG-Lieferungen sowie ein hohes Produktionsniveau bei den erneuerbaren Energien, insbesondere der Solarenergie. Dass Deutschland in eine Rezession gerutscht ist, habe für weitere Preisabschläge gesorgt. Auch CO2 weist demnach einen Rückgang um fünf Prozent auf 87 Euro/t auf.

Der Preis für das Schweizer Frontjahr ist seit Anfang April um satte 20 Prozent gesunken. Den Rückgang in der Kalenderwoche 21 erklärt die Elcom mit einem allgemeinen Preisrückgang aufgrund der guten Verfügbarkeit der französischen Kernkraftwerke sowie dem Füllstand der europäischen Gasspeicher, der

weit über dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre liegt. Noch stärker als in der Schweiz sind die Preise in Frankreich gesunken, für das Frontjahresprodukt innerhalb einer Woche um zehn Prozent auf 160 Euro/MWh. Deshalb habe sich auch der schweizerisch-französische Spread erheblich verringert.

### Spotpreise mehrfach nahe bei null Euro/MWh

Auch auf dem Spotmarkt sind die Preise gesunken: für die aktuelle Frontwoche 22 in der Schweiz um 17 Prozent auf 68 Euro/MWh. Die Elcom führt dies in ihrem Bericht auf die Markterwartungen einer hohen Solarproduktion und sinkender Gaspreise zurück. Diesem Trend folge auch die Frontwoche 23. Die Spotpreise der vergangenen Woche 21 hatten sich derweil mehrfach dem Wert von null Euro/MWh genähert. Negative Preise wurden demnach in der Schweiz bei sieben Stunden festgestellt, mit einem Minimum von minus 51 Euro/MWh./mj

## ENERGIEEFFIZIENZ

### BFE fördert mehr Stromsparbemühungen in der Industrie

**Bern (energate) - 2023 werden zum vierzehnten Mal wettbewerbliche Ausschreibungen zum Stromsparen im Industrie- und Dienstleistungsbereich durchgeführt. Bis Ende Februar erhielten 20 neue Projekte eine Förderzusage über insgesamt 1,8 Millionen Franken.** Im Vergleich zum Vorjahr sind dies mehr Förderzusagen und ein höherer Förderbetrag, wie das Bundesamt für Energie (BFE) mitteilte. Das thematische Spektrum der neu geförderten Projekte reiche dabei vom Ersatz von Hochdruck-Kompressoren für die PET-Flaschen-Herstellung bei einem Getränkehersteller über die energetische Optimierung der Kälteerzeugung für eine Kunsteisbahn bis hin zum Ersatz von Gebläsen in einer Abwasserreinigungsanlage.

Wie das Bundesamt weiter berichtet, sind in den diesjährigen wettbewerblichen Ausschreibungen auch mehr Anträge auf Förderung eingegangen. Zwischen Anfang November 2022 und Ende Februar 2023 seien 38 Anträge eingereicht worden, 40 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, so das BFE. Das gesteigerte Interesse führt der Bund zumindest teilweise auf ein vereinfachtes Gesuchabwicklungsverfahren zurück. "Unternehmen können durch die vereinfachte Eingabe und die kürzeren Wartezeiten bis zum Förderbescheid die Pro-Kilowatt-Projekte einfacher in ihre Planung und Umsetzung von Stromeffizienzmassnahmen einbinden und reichen dadurch vermehrt Anträge für Projekte ein", hiess es dazu aus Bern.

### Eingabefrist für kleinere Projekte weiterhin offen

Für die Ausschreibungen 2023 konnten seit dem 7. November 2022 Gesuche eingereicht werden. Gesuche für Projekte mit Förderbeiträgen bis maximal zwei Millionen Franken können laufend bis zum 5. November 2023 eingereicht werden. Die Eingabefrist für Projekte mit Förderbeiträgen zwischen

zwei und maximal sechs Millionen Franken ist am 14. April abgelaufen. Anträge für solche Projekte sind laut BFE keine eingegangen. Der Stichtag für neue Programme war am 2. Mai, die Anträge werden derzeit evaluiert.

Mit dem Instrument der wettbewerblichen Ausschreibungen unterstützt der Bund Projekte und Programme zur Förderung der Effizienz im Strombereich, die möglichst kostengünstig zum sparsameren Stromverbrauch im Industrie- und Dienstleistungsbereich und in den Haushalten beitragen. Die Fördermittel werden über einen Zuschlag auf die Übertragungskosten der Hochspannungsnetze finanziert./mg

## STROM

### Zahl der Endverbraucher im freien Markt leicht rückläufig

**Bern (energate) - 2023 ist die Zahl der Endverbraucher, die ihren Stromlieferanten frei wählen können und dies auch nutzen, leicht zurückgegangen. Die Gründe dafür sind vielfältig, wie die Eidgenössische Elektrizitätskommission (Elcom) schreibt.** Demnach ist der Anteil Endverbraucher im freien Markt bereits 2021 leicht gesunken. Dies setzte sich in der Elcom-Auswertung der Planzahlen für 2023 fort. Den Rückgang erklärt die Kommission unter anderem damit, dass die Anzahl Verbraucher mit Recht auf freien Marktzugang stärker gewachsen sei als die Anzahl Verbraucher, welche diese Möglichkeit tatsächlich nutzen. Denn mit steigenden Marktpreisen sei die Zurückhaltung stärker, den Stromlieferanten frei zu wählen, so die Elcom. Zudem dürften auch die vielen Firmenschliessungen in den Corona-Jahren 2021 und 2022 eine Rolle gespielt haben, analysiert die Kommission.

Die von der Elcom-Erhebung erfassten Verteilnetzbetreiber weisen insgesamt gut 34.000 Endverbraucher mit Recht auf freien Marktzugang aus. Dies entspricht 0,6 Prozent aller Endverbraucher. Von den erfassten Verbrauchern, die ihren Stromlieferanten frei wählen können, machten nach Angaben der an der Umfrage beteiligten Energieversorger bis und mit 2021 mit rund 23.400 etwa 68 Prozent von ihrem Recht Gebrauch. Für das Jahr 2023 sind es mit rund 22.300 etwa 66 Prozent.

Bislang können in der Schweiz nur Verbraucher von mindestens 100.000 kWh Strom ihren Lieferanten frei wählen. Die Elcom führt regelmässig eine Erhebung bei den grössten Verteilnetzbetreibern durch, um die Anzahl potenzieller und effektiver Endverbraucher im freien Markt festzustellen. Dabei werden Netzbetreiber berücksichtigt, die eine Ausspeisung von mehr als 100.000 MWh Strom ausweisen. Diese versorgen zusammen knapp 71 Prozent der Schweizer Endverbraucher. Laut Elcom wurde die Möglichkeit, den Stromlieferanten frei zu wählen, in den ersten Jahren der Marktöffnung ab 2009 vergleichsweise wenig genutzt. Aufgrund sinkender Marktpreise nahm die Zahl der Endverbraucher, die ihr Recht wahrnahmen, jedoch stark zu./mj

## TECHNOLOGIE

### ABB stellt neues elektrisches Antriebskonzept für Schiffe vor

**Zürich (energate) - ABB hat ein Schiffantriebssystem entwickelt, das deutlich effizienter und energieärmer sein soll als bisherige Lösungen. Der Energie- und Automatisierungstechnikkonzern mit Hauptsitz in Zürich rechnet damit, dass der erste Prototyp 2025 verfügbar ist.** Das neue System sei Ergebnis von über zehn Jahren Forschung, Entwicklung und Erprobung, schreibt ABB. Herausgekommen ist das Produkt namens ABB Dynafin, das sich an den dynamischen Bewegungen eines Walschwanzes orientiere. Das Antriebssystem umfasst demnach einen elektrischen Hauptmotor, der ein mit 30 bis 80 Umdrehungen pro Minute rotierendes grosses Rad antreibt. Von dem Rad gehen vertikale Schaufeln ab, die jeweils von einem eigenen Motor und Steuerungssystem geregelt werden.

Die kombinierte Bewegung von Rad und Schaufeln erzeuge Antriebs- und Lenkkräfte gleichzeitig, was mehr Effizienz und Präzision ermögliche, so ABB. Eine von der dänischen Marine-Firma durchgeführte Studie an einem Passagierschiff habe Energieeinsparungen von bis zu 22 Prozent gegenüber einer Auslegung mit konventionellem Wellenantrieb nachgewiesen. "Das ermöglicht eine deutliche Reduktion des Treibstoffverbrauchs und der Emissionen", betont der Energie- und Automatisierungstechnikkonzern. Das Antriebssystem sei auch kompatibel mit emissionsfreier Batterie- und Brennstoffzellentechnologie. Das neue Antriebskonzept von ABB soll laut Konzernangaben zunächst im Leistungsbereich von ein bis vier MW pro Einheit erhältlich sein. Es sei vor allem für mittelgrosse und kleinere Schiffe wie Passagier- und Fahrzeugfähren, Offshore-Versorgungsschiffe sowie Yachten geeignet, berichtet ABB./mj

## DEUTSCHLAND

### RECHTSSTREIT UM KÜNDIGUNGEN

### EnBW-Klage gegen Stromio scheitert

**Düsseldorf (energate) - Eine Klage der EnBW gegen den Stromdiscounter Stromio ist in erster Instanz gescheitert. Es geht um rund 6 Mio. Euro Aufwandsentschädigung, die der Karlsruher Konzern von dem Kaarster Energievertrieb fordert.** Stromio hatte am ersten Höhepunkt der Energiepreiskrise Ende 2021 vielen Zehntausenden Kunden gekündigt, die Grundversorger wie EnBW aufnehmen mussten. Trotz der erstinstanzlichen Niederlage vor dem Landgericht Düsseldorf wertet die EnBW das Urteil des Gerichts in Teilen positiv. Zugleich kündigte ein Konzernsprecher gegenüber energate an, dass EnBW in Berufung gehen werde. Eine Anfrage dazu, wie Stromio das Urteil bewertet, blieb zunächst unbeantwortet. Im Detail ging es für die EnBW um "mehr als 40.000 Kunden", die kurzfristig in die Grundversorgung des Konzerns gefallen waren, zu einer Zeit, als

die extremen Preisspitzen an den Großhandelsmärkten gleich mehrere kleinere Energievertriebe in die Insolvenz getrieben hatten, darunter auch die Stromio-Schwestergesellschaften Grünwelt Energie und Gas.de. Stromio hatte die Preisentwicklung zum Anlass genommen, der Kundschaft kurzfristig zum 21. Dezember 2021 zu kündigen, was die Verbraucher ab dem Folgetag zum jeweiligen Ersatzversorger brachte. Die EnBW will die so entstandenen Mehrkosten in der Beschaffung von Stromio zurück.

### **Gericht sieht rechtswidriges Vorgehen bei Stromio**

So kommt es mit dem Richterspruch, der am 17. Mai erging, bis auf Weiteres nicht. Dass der Karlsruher Konzern dem Urteil dennoch etwas Positives abgewinnt, hat zwei Gründe: "Das Wichtigste für die EnBW ist, dass das Gericht im Urteil klar festgestellt hat, dass Stromio mit der kurzfristigen Kündigung der Stromlieferverträge rechtswidrig gehandelt hat", erklärte ein Konzernsprecher. Dies sei eine gute Nachricht für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie alle Grundversorger. "Darüber hinaus hat das Gericht auch festgestellt, dass der EnBW ein Anspruch gegen Stromio zusteht", so der Sprecher weiter. Allerdings habe dem Gericht der Nachweis der EnBW über die Höhe des entstandenen wirtschaftlichen Schadens nicht ausgereicht. "Das können wir nicht nachvollziehen und halten das auch rechtlich nicht für haltbar", begründete er die angekündigte Berufung.

### **Politik reagierte mit EnWG-Novelle**

Die vielfältigen Havarien und Lieferstopps von mehrheitlich kleineren Energieanbietern hatten bundesweit zahlreiche Stadwerke vor große Herausforderungen gestellt und verschiedene Debatten ausgelöst. Weil Stromio bei den Kündigungswellen und Lieferstopps eine größere Rolle spielte, hatte die Verbraucherzentrale Hessen 2022 eine Musterfeststellungsklage auf den Weg gebracht. Das Verfahren dazu ist noch nicht eröffnet. Die Bundesregierung hatte im Sommer 2022 mit einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) reagiert. Seither sind Kündigungen von Lieferverträgen an strengere Vorgaben geknüpft. Will ein Anbieter diesen Weg gehen, muss er dies der Bundesnetzagentur sowie den betroffenen Kunden und Netzbetreibern mit drei Monaten Vorlauf ankündigen. Verstöße dagegen kann die oberste Regulierungsbehörde mit Bußgeldern sanktionieren./pa

## **ERDGASIMPORT**

### **Wilhelmshaven: Zweites LNG-Terminal ohne Chlor**

**Kiel (energate) - Das zweite mobile LNG-Terminal in Wilhelmshaven wird ohne Chlor zur Reinigung der Seewassersysteme auskommen. Die Hasytec Gruppe wird die Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) Excelsior mit einer umweltfreundlichen Alternative ausrüsten, die auf Ultraschall basiert, wie das Unternehmen aus Kiel mitteilte.** Die Technologie komme bereits auf mehr als 650 Schiffen zum Einsatz.

"Wir sind stolz darauf, dass sich das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Excelebrate Energy als Schiffseigner und Tree Energy Solutions als Betreiber für unsere nachhaltige Lösung entschieden haben", sagte Jan Kelling, Geschäftsführer und Mitgründer der Hasytec Gruppe. Die Bauarbeiten für das zweite LNG-Terminal sollen im Spätsommer starten, die Excelsior im vierten Quartal 2023 in Wilhelmshaven festmachen.

Nach der Eröffnung des ersten deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven mit der von Uniper betriebenen Höegh Esperanza hatten Umweltorganisation kritisiert, dass die Systeme der FSRU mit Chlor gereinigt werden, das ungeklärt in die Nordsee geleitet wird. Sie befürchten, dass es dadurch im Umfeld zu Umweltschäden kommen kann. Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat Ende März eine Umrüstung der Anlage auf Ultraschall gefordert. Laut Medienberichten führt Uniper dazu Gespräche./tc

## **ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN**

### **"Die Digitalisierung des Energiesystems ist einer der stärksten Hebel"**

**Essen (energate) - Der Energiekonzern Eon hat sein Angebot im Bereich der Digitalisierung in der Tochtergesellschaft Eon One gebündelt. energate sprach mit Geschäftsführer Tim van Amstel über die Rolle digitaler Lösungen für die Energiewende, das eigene Produktportfolio sowie den Spagat zwischen Großkonzern und Gründerszene.**

**energate:** Herr van Amstel, der Eon-Konzern hat mit Eon One eine Tochtergesellschaft gegründet, die das Geschäft mit digitalen Kundenlösungen bündeln soll. Doch was heißt digitale Lösungen überhaupt? Wie lässt sich das auf konkrete Produkte herunterbrechen?

**Van Amstel:** Digitale Lösungen beschleunigen die Energiewende, indem sie genau dann zum Einsatz kommen, wenn herkömmliche Ansätze oder Technologien an ihre Grenzen stoßen. Gerade im Zuge der Energiewende gibt es hier immer mehr Herausforderungen, die mit digitalen Lösungen gemeistert werden müssen. Häufig kombinieren diese Lösungen Hardware wie Transformatoren mit Software, um die "physische" Welt mit der digitalen Welt zu verbinden. Dies ermöglicht unter anderem Echtzeitüberwachung, Prozessautomatisierung und Datenverarbeitung. All diese Optimierungen und Vereinfachungen sind notwendig, um etwa Netzanschluss, Netzbetrieb und Energiemanagement für eine schnelle und dezentrale Energiewende vorzubereiten.

**energate:** Eon One steht vor der Aufgabe, bestehende Initiativen im Bereich der Digitalisierung aus dem Eon-Konzern mit innovativen Technologien aus der Start-up-Szene zu kombinieren. Da treffen Welten aufeinander. Wie gelingt dieser Spagat?

**Van Amstel:** So weit sind diese Welten gar nicht auseinander. Und die Kombination aus diesen beiden Welten schafft neue Möglichkeiten: Zum einen verbinden wir das Know-how

eines branchenführenden Konzerns wie Eon mit der Spitzentechnologie innovativer Tech-Scale-ups. So gelingt es uns, Produkte anzubieten, die zur Digitalisierung aller Arten von energiebezogenen Prozessen helfen - etwas, das nicht viele Unternehmen heute von sich behaupten können.

Das bringt mich zum zweiten Punkt. Es ist entscheidend, diese Lösungen schnell und effizient auszurollen. Mit der Einführung von Scale-up-Lösungen im Eon-Konzern erreichen wir gleich zwei wichtige Ziele. Zum einen verfolgen wir konsequent die Digitalisierungsstrategie von Eon und zum anderen bieten wir den Scale-ups durch unser Ökosystem einzigartige Möglichkeiten der Marktpositionierung. Nicht zuletzt ist dieser kollaborative, integrative Ansatz ein entscheidender Vorteil für unsere Kunden, denn er eröffnet ihnen die Möglichkeit, zwischen verschiedenen digitalen Lösungen zu wählen, alles aus einer Hand zu beziehen und sich dabei auf einen zuverlässigen Partner wie Eon mit höchsten Sicherheitsstandards zu verlassen.

**energate:** Wie würden Sie ganz grundsätzlich die Bedeutung der Digitalisierung einordnen, wenn es um die Transformation des gesamten Energiesystems hin zur Klimaneutralität geht?

**Van Amstel:** Eine erfolgreiche Energiewende geht Hand in Hand mit der Digitalisierung des Energiesystems. Denn nur mit digitalen Lösungen können wir unsere Infrastruktur intelligenter und damit zukunftsfähig machen. Im Zuge der Energiewende werden wir zahlreiche neue Energieerzeugungsanlagen wie Photovoltaikanlagen, Windräder oder auch andere klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen in Energienetze integrieren müssen. Dieser Umbau hin zu einer dezentralen, grünen Energieversorgung gelingt nur, wenn wir über das Energiesystem der Zukunft über die gesamte Wertschöpfungskette - von Erzeugung bis zum Endkunden - digitalisieren.

Unabhängig davon, dass digitale Lösungen für den Zubau neuer, klimafreundlicher Energiequellen unabdingbar sind, können sie schon heute CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, indem sie den bestehenden Energieverbrauch optimieren, so die Energiekosten deutlich senken und die Energieeffizienz steigern. Die Digitalisierung des Energiesystems ist daher einer der stärksten Hebel auf dem Weg zu einer klimaneutralen Energieversorgung.

*Die Fragen stellte Rouben Bathke.*

## MEDIENBERICHT

### FDP will Spitzenverdiener von Steuern auf Energiehilfen befreien

**Berlin (energate) - Der Aufwand, Steuern auf die vom Staat gezahlten Energiebeihilfen zu erheben, ist zu groß.. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) will daher darauf verzichten.** Aufgrund der Preisentwicklung und des geringeren Umfangs der Staatshilfe stehe der Bürokratieaufwand in keinem Verhältnis mehr zum Aufkommen, sagte

Lindner gegenüber der FAZ. Auf die Besteuerung solle daher verzichtet werden. Nach Schätzungen des Finanzministeriums würde allein eine Besteuerung der sogenannten Dezemberhilfen beim Gas einen Aufwand von 260 Mio. Euro verursachen, bei geschätzten Einnahmen von 110 Mio. Euro.

Lindner reagierte damit auf Hinweise aus den Ländern und Kritik aus der Opposition. Die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Tillmann, lobte die Ankündigung. "Es ist gut, dass der Bundesfinanzminister sich jetzt innerhalb der Ampel durchsetzt und somit auf unseren jüngsten Antrag im Bundestag zum Verzicht auf die Besteuerung der Preisbremsen von vergangener Woche reagiert", sagte sie. Die Bundesregierung müsse nun zügig einen Gesetzentwurf vorlegen.

#### Es geht um Soli-zahlende Gutverdiener

Infolge der Energiepreiskrise hatte die Bundesregierung den Dezemberabschlag für Gas im Jahr 2022 übernommen. Gutverdienende Verbraucherinnen und Verbraucher sollten die Einmalzahlung allerdings versteuern. Der Abschlag werde für Steuerpflichtige, die die Ergänzungsabgabe auf die Einkommensteuer (Solidaritätszuschlag) entrichten, mit der Abrechnung der Versorger und Verwalter frühestens für den Veranlagungszeitraum 2023 zu versteuern sein, hieß es vonseiten des Bundeswirtschaftsministeriums. Es gehe um die Schaffung eines sozial gerechten Ausgleichs.

Auch die Entlastungen aus der Gaspreisbremse sollten Spitzenverdiener, wenn sie den Solidaritätszuschlag zahlen müssen, versteuern. Wer weniger als 16.956 (Einzelveranlagung) oder 33.912 Euro (Zusammenveranlagung) im Jahr an Einkommens- oder Lohnsteuer bezahlt, muss keinen Solidaritätszuschlag mehr entrichten und ist von der Besteuerung der Energiehilfen ohnehin ausgenommen. **/ck**

## EUROPA

### MARKTHOCHLAUF

### BP will ab 2028 Wasserstoff in Deutschland liefern

**London (energate) - BP will ab 2028 Wasserstoff nach Deutschland importieren und dort vermarkten. Das erläuterte Franz Haking, bei BP in London als Leiter für Wasserstoffinfrastruktur in Nordwesteuropa tätig, im Gespräch mit energate.** Ausgangspunkt wird die Produktion von Wasserstoff in Australien sein. Dort wird BP in einem Projekt insgesamt 26.000 MW Erzeugungskapazität für Strom aus Wind- und Solaranlagen bauen. Dazu eine Elektrolyseleistung von 14.000 MW, um Wasserstoff herzustellen. Dieser wird fast komplett in Ammoniak umgewandelt und exportiert - so der Plan. Neun Mio. Tonnen grünes Ammoniak, beziehungsweise 1,6 Mio. Tonnen grünen Wasserstoff wird BP damit im Portfolio haben.

Ein kleiner Teil soll in Wilhelmshaven ankommen. Im dortigen Energy Hub wird BP das bestehende Importterminal der Nord-West Oelleitung (NWO) um einen Ammoniak-Cracker erweitern und kann dann 130.000 Tonnen Wasserstoff erzeugen. Dem Energiekonzern gehören 59,33 Prozent an NWO (Shell: 20,4 %, Holborn Europa Raffinerie: 20,27 %). Abnehmer des Wasserstoffs werden die BP-Raffinerien in Lingen und in Gelsenkirchen sein. Zudem hat das Unternehmen mit Thyssenkrupp ein Memorandum of Understanding über die Lieferung von grünem Wasserstoff unterzeichnet. Thyssenkrupp wird in Duisburg in einer Direktreduktionsanlage Stahl mithilfe von Wasserstoff erzeugen.

### Allianz für neue Pipelineverbindung

Fehlt noch die Transportinfrastruktur von Wilhelmshaven ins Ruhrgebiet. Auch da will BP zumindest beteiligt sein. NWO gehört unter anderem eine 55 Kilometer lange Leitung von Wilhelmshaven in Richtung Süden. Die Leitung wurde nur bis 1982 für Rohöltransporte genutzt und könnte ein Baustein der Transportverbindung sein. Auch die Erdgasspeicher in Etzel, an deren Betrieb BP beteiligt ist, ließen sich teilweise umwidmen und einbinden. Um die Transportverbindung zu realisieren, hat BP mit Gasunie Deutschland (GUD), Nowega, NWO, Salzgitter, Thyssengas und Uniper eine neue Allianz gebildet.

Haking betonte gegenüber energate, im Rahmen der Allianz solle bis 2028 eine ausreichend dimensionierte Pipelineverbindung von Wilhelmshaven in das Ruhrgebiet und in den Raum Salzgitter fertig sein. Gasunie wird in Ergänzung und Verlängerung der NWO-Leitung eine Erdgasleitung zum Wasserstofftransport umwidmen. Diese Leitung endet in Emsbüren bei Lingen. Nowega und Thyssengas sollen anschließend den Leitungsabschnitt bis nach Köln realisieren: "Die ungenutzte NWO-Pipeline spielt dabei eine wichtige Rolle, um den ambitionierten Zeitplan einhalten zu können", sagte Haking. Anders sei eine rechtzeitige Fertigstellung nicht zu gewährleisten.

### Schnelle und robuste Lösung gesucht

Die Pipeline wird so dimensioniert sein, dass nicht nur der Transportbedarf der BP erfüllt werden kann. Dritte können Kapazität buchen. Ohne die Pipeline wären die Investitionen in Wilhelmshaven in den Sand gesetzt, so Haking. "Wir brauchen eine schnelle und robuste Lösung." Im Rahmen der Allianz werde sehr konkret über die technischen Dimensionierungen gesprochen. Haking betonte auch, BP verfolge zwar ein vertikal integriertes Projekt, dies sei aber kein Closed Shop. Ganz im Gegenteil, das Unternehmen sei sehr daran interessiert, dass sich auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette andere Unternehmen beteiligen.

Finale Investitionsentscheidungen für die verschiedenen Projekte wurden zwar noch nicht getroffen, aber die Planungen sind sehr konkret und im Rahmen einer sogenannten Concept Design Phase auch schon mit einem Betrag in Höhe von meh-

ren Millionen Euro hinterlegt. Ausreichend Sicherheit, dass ein Markthochlauf erfolgt und dass große Mengen Wasserstoff benötigt werden, hat das Unternehmen mittlerweile. Die Planungen wurden deshalb von 2030 auf 2028 vorgezogen. /hl

## FORSCHUNGSPROJEKT

### Wasserstoff: Deutschland und Irland kooperieren

**Berlin/Dublin (energate) - Deutschland will künftig grünen Wasserstoff aus Irland importieren. Die Insel verfügt über große Windenergiepotenziale an Land und zu Wasser.**

Irland sei perspektivisch daher eines der wenigen europäischen Exportländer von grünem Wasserstoff, teilte das Bundesforschungsministerium mit, ohne konkrete Zahlen zu nennen.

Damit Deutschland irischen Wasserstoff bekommt, wollen die Partner gemeinsam zu dem Energieträger forschen. Im Zentrum steht ein Pilotprojekt für eine grenzüberschreitende Wasserstoffwertschöpfungskette, von der alle Beteiligten profitieren sollen. Der Parlamentarische Forschungsstaatssekretär Mario Brandenburg (FDP) und Eamon Ryan, Umweltminister der Republik Irland, unterzeichneten jetzt eine entsprechende Absichtserklärung.

In Zukunft werde Irland grünen Wasserstoff "weit über den Eigenbedarf hinaus produzieren und exportieren" können, ist das Forschungsministerium überzeugt. Wasserstoff und seine Folgeprodukte wie etwa Ammoniak gelten als zentraler Hebel für die Energiewende. Deutschland ist und bleibe ein Nettoimporteur von Energie, betonte Forschungsstaatssekretär Brandenburg weiter. Partnerschaften mit Ländern, die über ein hohes Maß an erneuerbaren Energiequellen verfügen, seien daher überaus wichtig. /dz

## LADEINFRASTRUKTUR

### Eon kündigt 4.500 Schnelllader in Europa an

**Essen (energate) - Der Eon-Konzern hat Aufträge für 4.500 PKW-Schnellladestationen erhalten. Ermöglichen will der Konzern Ladeleistungen von bis zu 400 kW.** Die Säulen bezieht er dabei von einem einzelnen Unternehmen: dem italienischen Automobilzulieferer Alpitronic. Eingeplant seien diese für Kundenprojekte und für öffentliches Laden in den kommenden zwei Jahren, und das europaweit, teilte Eon mit.

Das Laden selbst soll zudem einfacher werden: Dafür wollen die Partner unter anderem die Interaktion zwischen Fahrzeug, Schnellladesäule und Abrechnungssystem verbessern - Stichwort Plug and Charge. Doch auch LKW und schwere Nutzfahrzeuge stehen auf der Agenda. Bis 2024 planen Eon und Alpitronic sogenannte Megawatt-Ladeparks an verschiedenen europäischen Standorten. /dz

## INTERNATIONAL

## INFLATION REDUCTION ACT

## TES und Total prüfen Anlage für synthetisches Methan in den USA

*Zaventem/Paris (energate) - Tree Energy Solutions (TES) und Total Energies wollen zusammen in den Vereinigten Staaten eine groß angelegte Produktionsanlage für synthetisches Methan aufbauen. Das Projekt soll im Jahr zwischen 100.000 und 200.000 Tonnen sogenanntes e-Natural Gas (e-NG) abwerfen, das aus grünem Wasserstoff und CO2 hergestellt wird, teilte TES mit.* Die beiden Partner setzen darauf, dass das Vorhaben von Steuergutschriften im Rahmen des US-amerikanischen Gesetzes zur Senkung der Inflation (IRA) profitieren wird.

In einem ersten Schritt werde in einem Elektrolyseur mit einer Leistung von 1 GW erneuerbarer Wasserstoff aus Wind-

und Solarenergie erzeugt. Diesen stellt Total im Rahmen langfristiger Stromabnahmeverträge (PPA) zur Verfügung. Der Wasserstoff wird dann mit biogenem CO2 zu e-NG kombiniert, das wie Erdgas verflüssigt und transportiert werden kann. "Dieses Produkt bietet zwei wesentliche Vorteile. Erstens erfordert es keine neue logistische Infrastruktur, da e-NG und Erdgas die gleichen Eigenschaften haben und daher in bestehenden Infrastrukturen gemischt werden können", erläuterte Stéphane Michel, President Gas, erneuerbare Energien & Strom bei Total Energies. "Zweitens müssen unsere Kunden ihre derzeitigen industriellen Prozesse nicht ändern."

### Vorteile der USA im Standortwettbewerb

Die USA bieten laut Michel viele Vorteile für das Projekt, darunter eine gut entwickelte Gasinfrastruktur, eine wachsende Stromerzeugungskapazität aus erneuerbaren Energien und erhebliche öffentliche Subventionen. Für Marco Alverà, CEO von TES, ist das gemeinsame Projekt "ein Beleg für die Wirksamkeit des IRA". /tc

täglich.  
aktuell.  
informiert.

Der ener|gate messenger Schweiz für alle:  
Mit den günstigen Team- und Unternehmenslizenzen Geld sparen!

ener|gate  
messenger.ch